

«Die Schweiz muss reformfähig bleiben»

Bern Zum Jahresende werfen die Entlebucher Nationalräte Vroni Thalmann und Pius Kaufmann einen Blick zurück auf das vergangene Politjahr. Es war aus mehreren Gründen kein einfaches.

Interview Louis Fedier

Entlebucher Anzeiger: Vroni Thalmann und Pius Kaufmann, Sie haben soeben Ihr erstes Jahr im Nationalrat abgeschlossen. Welche persönliche Begegnung ist Ihnen bis jetzt am stärksten im Gedächtnis geblieben?

Vroni Thalmann: Das waren sicherlich jene mit den Bundesräten. Ich muss aber auch sagen, dass mich der SP-Nationalratspräsident Eric Nussbaumer positiv überrascht hat. Er hat den Rat in diesem Jahr sehr gut geleitet. Es ist aber generell sehr cool, Leute, die man sonst nur aus dem Fernsehen kennt, auch persönlich zu erleben. Das ist für mich schon auch ein Privileg.

Pius Kaufmann: Ich empfand die persönlichen Begegnungen mit den amtierenden Bundesräten als etwas Besonderes. Ganz speziell war auch die Fraktionsweihnacht, bei der viele ehemalige Bundes- und Nationalräte teilnahmen. Ebenfalls erwähnen möchte ich alt Bundesrätin Ruth Metzler, für die ich im Zusammenhang mit ihrer Kandidatur für das Präsidium von Swiss Olympic ein bisschen Werbung gemacht habe, weil ich überzeugt bin, dass es dort eine Person aus der Politik an der Spitze braucht. Das war jetzt zwar nicht im Bundeshaus, sondern eher ein Nebenschauplatz...

Vroni Thalmann: ... hat als Form von Lobbyismus aber natürlich auch damit zu tun.

EA: Apropos Lobby: Erst kürzlich haben Sie gemeinsam mit Kantonsvertretern aus Luzern, Ob- und Nidwalden drei Standesinitiativen zum Durchgangsbahnhof Luzern (DBL) übergeben. Damit wollen die drei Kantone erreichen, dass der DBL 2040 in Betrieb genommen werden kann. Wie schätzen Sie die aktuellen Chancen des Projekts ein?

Vroni Thalmann: (zu Pius Kaufmann) Da musst du antworten, da bist du politisch mehr involviert als ich. Für mich war der DBL immer schon ein Nebenschauplatz. Ich unterstützte zu Beginn auch die Version Emmen-Nord zur genaueren Prüfung. Ich fand aber die Sonderschau an der Luga gut, weil man das Megaprojekt zum ersten Mal visuell erfassen konnte.

Pius Kaufmann: Wir sind jetzt im Kampf der Projekte. Ich stelle mich auf den Standpunkt: Wenn wir ein S-Bahn-Netz mit einer höheren Taktfrequenz wollen, müssen wir mehr Kapazitäten beim Bahnhof Luzern haben. Und das ist ohne DBL nicht machbar. Im Gespräch mit anderen Verkehrspolitikern habe ich schon öfters gefragt: «Wann hat die Zentralschweiz zum letzten Mal ein Projekt erhalten, von dem sie auch selber profitiert hat?» Den Gotthardtunnel haben wir ja nicht nur für die Zentralschweiz gebaut, fast die ganze Deutschschweiz kommt so schneller ins Tessin. Der DBL wäre jetzt endlich mal ein Projekt, von dem die ganze Zentralschweiz profitieren würde.

Vroni Thalmann: Auch wenn die Bauzeit natürlich anspruchsvoll wird, gerade in der Stadt Luzern. Da sind schon gewisse Sorgen zu spüren.

Pius Kaufmann: Ja, zehn Jahre Bauzeit mitten in der Stadt bei laufendem Betrieb ist eine grosse Herausforderung. Dagegen ist die bevorstehende Vollsperrung zwischen Escholzmatt und Trubschachen zur Erneuerung



Vroni Thalmann und Pius Kaufmann vor dem grossen Christbaum unter der Bundeshauskuppel. [Bild Louis Fedier]

der beiden Bahnhöfe geradezu ein Klacks. Aber in Bern und Zürich wird beziehungsweise wurde auch unter Vollbetrieb umgebaut. Das zeigt: Die Schweiz kann das, sie muss es nur wollen.

EA: Etwas, was das Stimmvolk offenbar nicht will, ist der Autobahnausbau. Im November lehnte es den Ausbausritt 2023 für die Nationalstrassen ab. Jetzt kommen bereits Forderungen auf, die ursprünglich dafür vorgesehenen Mittel stattdessen in den öffentlichen Verkehr zu investieren. Was ist Ihre Meinung hierzu?

Vroni Thalmann: Jetzt einfach alles Geld in den öV zu stecken, da bin ich überhaupt nicht dafür. Denn das Bevölkerungswachstum ist inzwischen so stark, dass auch der öV das nicht mehr schlucken kann.

Pius Kaufmann: Bei der Finanzierung von öV und Nationalstrassen gibt es zwei getrennte Töpfe. Nach dem Autobahn-Nein wird es jetzt einfach andere Strassenprojekte geben, die vorgezogen werden. Das ist eine grosse Herausforderung für jene Regionen, die es direkt betrifft. Wir in Luzern gehören aktuell glücklicherweise nicht dazu, denn der Bypass ist geregelt und wird kommen. Was mich bei der Ablehnung des Autobahnausbaus aber am meisten erstaunt hat, waren die tiefen Gräben, die es gab. Wenn ich auf das Entlebuch schaue, dann haben die meisten Gemeinden ja gesagt. Und jetzt gehe ich ins Emmental, nach Schangnau und Trub, und da wird er hochkant abgelehnt. Klar könnte man jetzt sagen, dass sie dort nicht direkt davon betroffen sind, aber das sind wir im Entlebuch ja auch nicht.

Vroni Thalmann: Vielleicht spielte der Tourismus noch eine Rolle und man hoffte, mit dem Autobahnausbau auch mehr Touristen in die Region locken zu können.

Pius Kaufmann: Ich habe immer wieder betont, dass wir die 48 000 Stauzeiten pro Jahr mitfinanzieren. Aber diese Argumente haben nicht gegriffen und man muss sich schon

fragen, wie man solche Projekte in Zukunft aufgleisen soll.

Vroni Thalmann: Man muss künftig einfach noch mehr darauf achten, «Päckli» zu schnüren, die weder die Linken noch die Rechten ablehnen können. Ich persönlich finde es zwar schlecht, wenn man immer Pakete schnüren muss, aber manchmal ist der Konsens nicht anders möglich. Man kann nicht sagen: Wir stimmen jetzt über den öV ab und dann sagen alle überwältigend ja, aber später sagen dann alle nein zu den Autobahnen. Denn es waren ja nicht nur die Linken, die den Autobahnausbau abgelehnt haben, das muss man schon auch sagen.

Pius Kaufmann: Eigentlich glaube ich, dass alle wissen, dass es beide Systeme – den öV und die Strasse – braucht. Zuletzt müssen wir ein Gesamtverkehrssystem haben, das funktioniert. Natürlich gibt es Orte im Land, die prima mit dem öV erreichbar sind, aber wenn man aus einer Gegend wie dem Entlebuch kommt, ist man auf das Auto angewiesen. Das wäre für mich schon ein Argument, aus den beiden Bereichen Pakete zu schnüren. Auf der anderen Seite nötigt man den Stimmbürger dadurch fast ein wenig, wovon ich kein Freund bin. Denn der Stimmbürger hat noch nie falsch entschieden.

Vroni Thalmann: ... vielleicht manchmal einfach etwas komisch (lacht), aber das ist mir alles noch viel lieber als das, was rund um uns herum in anderen Ländern abläuft. Wir dürfen stolz sein auf unser System und müssen dazu Sorge tragen.

EA: Ein weiteres Thema, bei dem die Mehrheit der Stimmbürger anders entschieden hat, als es Bundesrat und Parlament gerne gehabt hätten, war die 13. AHV-Rente. Wie steht es aus Ihrer Sicht um die Altersvorsorge in der Schweiz, nun, da die 13. AHV-Rente kommt, die BVG-Reform hingegen abgelehnt wurde? Müssen sich die jüngeren Generationen Sorgen machen?

Vroni Thalmann: Ich denke, das müssen wir alle ein Stück weit, denn das AHV-Paket wird immer noch grösser und die Frage nach der Finanzierung bleibt weiterhin ungeklärt. Will man die Mehrwertsteuer erhöhen? Will

man die Arbeitnehmer und -geber stärker belasten? Und beim BVG geht es um die Frage, ob und wann man persönlich vorsorgen sollte oder ob das wieder der Staat regeln soll. Das ist natürlich die Forderung der Linken. Von der Geburt bis zur Bahre wird da eine Vollkasko gefordert. Die Eigenverantwortung kommt erst weit hinten. Zum Glück gibt es noch die

Ergänzungsleistungen bei geringer AHV. Ich denke aber, dass man jetzt bei den Ergänzungsleistungen – hinter denen ich schon immer gestanden habe – die Büchse der Pandora öffnet. Gemäss einer neuen Vorlage sollen die Kantone künftig Pauschalen von EL bei AHV und IV im Voraus bezahlen können. Zum Beispiel für den Mahlzeitendienst, zur Förderung sozialer Angelegenheiten, damit der EL-Bezüger nichts vorschliessen muss. Damit würde man das heutige System, bei dem Ausgabebelege oder Kostengutsprachen eingereicht werden müssen, quasi abschaffen. Das wollte ich schon bei der Sozialhilfe nie! Bei den Krankheitskosten macht es die EL ja auch nicht und zahlt die Pauschalen schon zum Voraus aus für die Franchise oder den Selbstbehalt. Dort müssen immer noch die Belege eingereicht werden. Zwei verschiedene Systeme werden leider grosse Verunsicherung auslösen. Bei dieser Gesetzesvorlage werden wir von der SVP wieder die einzigen sein, die sich dagegen wehren. Die Kantone werden letztlich entscheiden müssen, wie sie das umsetzen wollen. Es bleibt spannend und die Vorlage geht nun in den Ständerat.

Pius Kaufmann: Gerade bei der AHV müssen wir schon auch ein wenig selbstkritisch sein. Das Parlament hätte einen Gegenvorschlag ausarbeiten und die tiefen Renten erhöhen sollen. Damit hätte man auch die Ergänzungsleistungen entlastet. Stattdessen geben wir jetzt einfach allen – auch jenen, die Millionen auf der Seite haben – eine 13. Rente. Viele dachten aber wohl auch einfach: Man hatte Geld für die Auslandshilfe, für die Rettung der Grossbanken, jetzt sind wir mal dran! Das musste ich bei der aktuellen Budgetberatung auch

immer mal wieder in Erinnerung rufen, denn das politische Kurzzeitgedächtnis ist zuweilen sehr kurz.

EA: Das Budget war ja ohnehin das alles dominierende Thema dieses Politjahres.

Pius Kaufmann: Ja, beim Bund haben wir gerade die Zeit der knappen Kassen und das wird auch weiterhin eine

Herausforderung bleiben. Ich hoffe einfach, dass es nicht noch schlimmer kommt. Wenn wir einen Blick auf unsere Nachbarländer werfen: In Deutschland ist es politisch ganz schwierig, finanziell auch, in Frankreich dasselbe, in Italien

nicht viel besser. Und bei uns spricht man die ganze Zeit davon, wie man die Schuldenbremse umgehen könnte. Dagegen wehre ich mich immer, denn die Schuldenbremse zwingt das Parlament zur Mässigung. Und bei der internationalen Zusammenarbeit gibt es wirklich Projekte, bei denen man kürzen kann. Das hat manchmal nicht mehr viel mit Entwicklungshilfe zu tun. Und einfach alles unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe zu verbuchen, nur weil man keinen Rappen sparen möchte, das hat mich in der Budgetdebatte dann doch einmal aus dem Sessel «gepölpelt». Da merkt man: Wenn Druck da ist bei den Finanzen, wird halt von allen Seiten daran gezogen.

Vroni Thalmann: Das muss in der Gesundheit auch noch kommen. Man muss ganz anders an die Sache ran. Es kann nicht sein, dass wir mit dieser Vollkasko-Mentalität weitermachen. Denn seien wir ehrlich: Eine Zweiklassenmedizin haben wir jetzt schon! Wir haben Privat-, Halbprivat- und Allgemeinversicherte. Wir müssen klären, was in der Allgemeinversicherung drin ist, damit nicht alle gleich von Anfang an das ganze Paket inklusive haben. Die Einwanderung lässt grüssen, da muss eine Änderung stattfinden. Daran arbeiten wir, und zwar so, dass jene, die zusätzliche Leistungen wollen, diese auch erhalten können. Man muss auch sehen: Nicht allen ist es so viel wert, 100 Jahre alt zu werden, wohl aber lebenswert alt zu werden. Wir spüren das

«Die Schuldenbremse zwingt das Parlament zur Mässigung.»

Pius Kaufmann

schon aus der Bevölkerung. Aktuell werden vielerorts Reha- und Schönheitskliniken geschlossen. Das zeigt doch, dass sich die Prioritäten langsam verschieben. Für mich war immer schon die Grundversorgung zentral. Dazu gehört eine Stärkung der Hausärzte. Diese müssten entschädigt sein, damit sie die Patientendaten digital erfassen können. Die Digitalisierung des Gesundheitswesens muss von unten nach oben erfolgen und nicht umgekehrt! Denn wenn beim BAG oben etwas entschieden wird, hat das immer eine viel grössere Kostenfolge.

Pius Kaufmann: Als die Botschaft zur Digitalisierung des Gesundheitswesens zu uns in die Finanzkommission kam, stand darin etliche Male das Wort Effizienzsteigerung. Aber der zusätzliche Personalaufwand beläuft sich auf 50 Stellen. Es kann doch nicht sein, dass man 600 Millionen in die Digitalisierung investiert und am Ende dieses acht- bis zehnjährigen Projekts hat man 50 Angestellte mehr! Wer konsumiert denn diese Effizienzsteigerung? Am schlimmsten fand ich die Reaktion der Frau vom BAG. Die hatte gleich Schnappatmung, weil wir diese Frage stellten. Diese Mentalität ist hier in der Bundesverwaltung leider sehr verbreitet. Wenn es zusätzliche Aufgaben gibt, werden immer gleich neue Leute eingestellt. Dass vielleicht auch Aufgaben wegfallen, wird nicht berücksichtigt. Diesen Auswuchs müssen wir unbedingt in den Griff bekommen. Da ist es unser Job, auch mal unangenehme Fragen zu stellen. Auf der einen Seite wollen alle gesunde Bundesfinanzen, auf der anderen wollen sie aber auch immer das Maximum für ihren Bereich herausholen. Da wird man dann auch zuweilen hart angegangen, auch aus der eigenen Partei.

EA: Ein Bereich, dessen Finanzierung ebenfalls intensiv diskutiert wurde, ist die indirekte Presseförderung. Diese soll für sieben Jahre befristet ausgebaut werden. Was halten Sie davon?

Pius Kaufmann: Die Medienvielfalt hat in den letzten 20 Jahren enorm abgenommen, auch im Kanton Luzern. Und wenn es die regionalen Medien nicht mehr gibt, sind wir als Gemeinden gefordert, die Informationen an die Leute zu bringen, was wiederum Geld kostet. Natürlich gibt es auch digitale Möglichkeiten, aber wenn ich sehe, wie viele Leute den Entlebucher Anzeiger abonniert haben und ihre Informationen von dort beziehen, dann muss man sich schon dafür einsetzen, diese Medien zu erhalten. Das verstehen natürlich nicht alle. Eine Ratskollegin aus der Stadt Zürich etwa sah den Sinn der Presseförderung nicht. Dann habe ich ihr einmal die Luzerner Zeitung und den Entlebucher Anzeiger mitgebracht, damit sie sich selbst ein Bild machen konnte. Das stimmte sie dann nachdenklich.

Vroni Thalmann: Manchmal ist die regionale Presse aber auch sehr politisch. Das musste ich jetzt feststellen. Wenn etwa jemand auswärtiges einen Text einsendet über eine Veranstaltung, an der ich teilgenommen habe, und dann wird der Artikel im Entlebucher Anzeiger gar nicht oder stark verkürzt veröffentlicht, dann wirft das Fragen auf. Das hat mich schon etwas gestört und da werde ich dann jeweils etwas bissig. Darum bin ich mit der Förderung auch eher etwas vorsichtig.

Pius Kaufmann: Aber man muss schon bedenken, was wäre, wenn es solche Zeitungen nicht mehr gäbe. Das Vereinsleben würde nirgends mehr gewürdigt und auch Randsportarten und kulturelle Veranstaltungen hätten dann gar keine Plattform mehr. Und natürlich ist es auch wichtig, dass über das lokale politische Geschehen berichtet wird. Manchmal gibt es dann halt auch kritische Berichte, aber das gehört dazu. Ich hoffe auf jeden Fall, dass die Medien nach den sieben Jahren der ausgebauten Förderung dann auch wirklich fit für die Zukunft sind. Denn der Inseratemarkt wird sich nicht mehr erholen, die Produktions-

und Zustellungskosten steigen und die Abonnentenzahlen gehen zurück. Der Druck bleibt gross, zumal die gebührenfinanzierten Medien eine beinhalten Konkurrenz bilden gegenüber den Medien, die auf Aboverkäufe angewiesen sind.

Vroni Thalmann: Der Bürger orientiert sich einfach so, wie es ihm passt. Und in der heutigen schnelllebigen Zeit lesen die meisten sowieso nur noch die Titel. Darum sind diese zum Teil sehr reisserisch. Einen Wandel machen auch die Vereine durch. Sie inserieren immer weniger und legen Wert auf die digitale Verbreitung.

Pius Kaufmann: Zusammengefasst kann man sagen, dass die lokalen Medien in unserer Region schon noch eine andere Bedeutung haben, als in den Städten.

EA: Zu den grossen «Siegen» in der bisherigen Legislatur gehört sicherlich das Volks-Ja zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Efas) im November ...

Vroni Thalmann: Da musste ich auch innerhalb der SVP um Stimmen kämpfen. Dieses Ja war ein enorm wichtiger Schritt, weil man zum ersten Mal wirklich alle Player am gleichen Tisch hat. Ich habe im Vorfeld der Abstimmung immer wieder an Podien gesprochen und gehofft, dass die Bürger verstehen, dass sich nun endlich etwas ändern muss. Von hier aus müssen wir nun weitergehen. Die SVP hat nun endlich ein neues Gesundheitspapier erarbeitet, bei dem ich von Anfang an mit dabei war. Und da habe ich immer wieder gesagt, dass wir aufhören müssen mit diesem Lobbyieren von oben herab. Efas hat jetzt gerade noch geholfen, damit da auch in der SVP ein gewisses Umdenken stattfand. Das Grundversorgungsangebot ist für den Bürger das Wichtigste und dazu müssen wir Sorge tragen. Dafür setze ich mich immer ein. Jetzt gerade hat es bei den Notfallpauschalen schon mal geklappt und die Player kamen gemeinsam zu einer Lösung und das hilft uns, den Notfall auch in Flüfli-Sörenberg aufrechtzuerhalten.

Pius Kaufmann: Ich habe vor allem auf der Gemeinde gesehen, dass die medizinische Versorgung nicht patientenorientiert, sondern kostenorientiert war. Da gab es zum Teil falsche Anreize. Es ist schön, dass man nach all den Jahren endlich wieder einmal eine Gesundheitsreform durchbringen konnte, denn diese braucht es dringend. Die Schweiz muss reformfähig bleiben und sich der Zeit anpassen können. Vielleicht ist Mittelmass hin und wieder auch genug.

Vroni Thalmann: Genau. Visionen sind das eine, aber sie sollten nicht von vornherein komplett unrealistisch angesetzt werden.

EA: Aus Sicht des Parlamentes ebenfalls positiv war das relativ deutliche Nein der Stimmbewölkerung zur Biodiversitätsinitiative im September.

Pius Kaufmann: Genau. Gegen diese habe ich mich als Präsident der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete sehr eingesetzt. Denn was viele Leute nicht verstehen: Im Entlebuch sind wir von solchen Entscheidungen jeweils direkt betroffen. Die Folgen – etwa hinsichtlich Bauen ausserhalb der Bauzone oder Gewässerraumausscheidung – tragen wir und nicht die Städte. Dort hat man Träume von einer heilen Landschaft und wir dürfen es dann umsetzen. Im Nachgang dieser Abstimmung habe ich dann auch gegenüber anderen Parlamentariern gesagt, dass wir uns schon gut überlegen müssen, was wir machen. Wenn in jenen Regionen, die am direktesten davon betroffen sind, 90 Prozent nein sagen ...

Vroni Thalmann: ... noch dazu in Regionen, die es ohnehin schon gut machen! Es gibt aber auch noch andere Themen, die vor allem die ländlichen Gebiete betreffen, etwa die Abschaffung des Eigenmietwerts. Das ist eine

Herausforderung. Man schafft es einfach nicht, das so zu verpacken, damit es vom Volk angenommen würde. Wäre morgen die Abstimmung darüber, könnte das wieder so eine Vorlage sein, die am Ende doch noch kippt. Und das hat fatale Folgen, wie ich als Sozialvorsteherin immer wieder sehe. Denn aktuell ist es so, dass viele ältere Menschen, die noch zu Hause wohnen, keine Ergänzungsleistungen erhalten, weil der Eigenmietwert ihres Häuschens angerechnet wird. Das nimmt ihnen Geld weg. Da habe ich schon oft gesagt: Wenn man das wegbrächte, würde es ganz vielen Leuten, die bescheiden und einfach leben, substanziell helfen.

Pius Kaufmann: Als es das letzte Mal bei uns im Nationalrat Thema war, dachte ich: Jetzt kommt es gut. Da haben sogar die linken Kreise zugestimmt. Aber im Ständerat ist dann wieder eine andere Diskussion entbrannt. So wird das Thema selbst nach sieben Jahren immer noch weiter zwischen den Räten hin und her geschoben.

Vroni Thalmann: Ich weiss aber wirklich nicht, was man da noch alles reinpacken sollte, damit alle Seiten zustimmen. Die Objektsteuer lässt man ja offen für die Kantone, die aufgrund der vielen Zweitwohnungen ein Bedürfnis haben, Geld einzuholen. Flüfli-Sörenberg ist ja auch darauf angewiesen. Aber immerhin ist das Geld dann bedarfsgerecht eingesetzt.

EA: Werfen wir zum Schluss noch einen Blick auf das kommende Jahr. Welchen Themen werden Sie sich in Ihren jeweiligen Kommissionen als Nächstes annehmen?

Pius Kaufmann: Für die Finanzkommission wird die Vernehmlassung des Berichts Gaillard, der die Basis des Budgets 2026 bilden soll, die nächste grosse Herausforderung sein. Da braucht es definitiv noch Korrekturen, damit er bei einer allfälligen Volksabstimmung auch nur den Hauch einer Chance hat. Daneben möchte ich im kommenden Jahr als Präsident der SAB auch an der Kommunikation zwischen Stadt und Land arbeiten. Denn es zeigt sich immer wieder, dass die Leute in den Städten gar keine Ahnung haben, was auf dem Land schon für die Biodiversität oder die Energiewende gemacht wird.

Vroni Thalmann: Bei mir steht weiterhin die Gesundheit im Mittelpunkt, nicht zuletzt auch mit dem Gesundheitspapier der SVP. Da geht es mir vor allem um die Krankenkassenprämien und die Einteilung der Tarife. Hinzu kommt noch die Drogenpolitik, in der ich mich im Rahmen von «Jugend ohne Drogen» schon länger engagiere. Dass man Cannabis entkriminalisiert, mag ja noch gehen, aber dass man das Ganze verharmlöst, halte ich für falsch. Und natürlich werde ich mich auch im Zusammenhang mit dem EU-Rahmenabkommen und der Initiative gegen eine 10-Millionen-Schweiz einbringen. Denn schliesslich sind es gerade diese Themen, wegen denen ich damals in die Politik eingestiegen bin. Das nächste Jahr wird sehr intensiv, wenn wir gegen das Rahmenabkommen kämpfen müssen. Aber für die Schweiz ist es mir das wert.

EA: Und was wünschen Sie sich persönlich für 2025?

Pius Kaufmann: Gesundheit, viele schöne Momente mit meiner Familie und einen Innerschweizer Schwingerkönig in Mollis.

Vroni Thalmann: Ich hoffe, dass ich immer die Werte einer erfolgreichen Schweiz im Auge behalten kann. Weniger ist mehr stimmt beim Einreisewachstum der Bevölkerung, aber sicher nicht in der Demokratie. Dort werde ich mich vehement einsetzen, damit keine Rechte verwässert werden können. Die Schweiz wird nicht umsonst um dieses Privileg beneidet. Für mich persönlich wünsche ich mir, gesund zu bleiben und weiterhin die wertvollen Zeitseln mit der ganzen Familie inklusive Grosskinder pflegen zu können.

nach gefragt...

«Solche Entscheidungen sind nie leicht»



... bei Pius Kaufmann, Mitte-Nationalrat, Wigglen

Entlebucher Anzeiger: In unserer Zeitung vom 24. Dezember war in einem Inserat Ihr Name zu lesen. Dabei ging es um die Kürzungen der Entwicklungshilfe auf 110 Millionen Franken, die der Nationalrat Anfang Dezember auf Antrag beschlossen hatte. Der Antrag kam von Ihnen, so stand es im Inserat unter Ihrem Namen, und ist auf der Website des Parlaments nachzulesen: «Ich war es, der bei der IZA (internationale Zusammenarbeit) die Anträge gestellt hat.» Sie sind Mitglied der Finanzkommission, die über die Kürzungen zu befinden hatte. Werden Sie nun zum Überbringer einer unerfreulichen Botschaft stilisiert, dem man leicht den Schwarzen Peter zuschieben kann?

Pius Kaufmann: Es ist Teil der Verantwortung eines Parlamentariers, auch schwierige und unpopuläre Entscheidungen zu treffen, wenn sie im Gesamtkontext der Finanzpolitik nötig sind. Die Anträge, die ich gestellt habe, waren keine Alleingänge, sondern ein Ergebnis umfassender Beratungen in der Finanzkommission und des Nationalrats sowie auch im Zusammenspiel mit der ständerrätlichen Finanzkommission sowie dem Ständerat. Sie sind Teil eines ausgewogenen Kompromisses, um den Haushalt mit der Schuldenbremse in Einklang zu bringen. Mein Ziel war es, dass wir ein mehrheitsfähiges Budget erarbeiten, ohne die Stabilität der Bundesfinanzen zu gefährden. Solche Entscheidungen sind nie leicht, aber notwendig, um langfristig handlungsfähig zu bleiben.

EA: Wie kam es eigentlich in groben Zügen zu den Kürzungen und sind diese wirklich nötig?

Pius Kaufmann: Wie erwähnt sind

die Kürzungen Teil einer umfassenden Budgetdebatte, die wir in der Wintersession geführt haben. Die Schuldenbremse verpflichtet uns, Mehrausgaben – wie beispielsweise für die Landesverteidigung – durch Einsparungen in anderen Bereichen auszugleichen. Der Antrag auf Kürzungen bei der internationalen Zusammenarbeit war ein Kompromiss, der angesichts der veränderten geopolitischen Lage und der Notwendigkeit neuer Prioritäten getroffen wurde. Die Entwicklungshilfe ist ein Pfeiler unserer internationalen Verantwortung, aber auch hier ist es wichtig, Effizienz und Wirkung im Auge zu behalten.

EA: Im Inserat wurde Ihr geschilderter Prozess sehr vereinfacht dargestellt. Was dachten Sie, als Sie das Inserat gelesen hatten? Sind Sie enttäuscht oder hat es Sie eher geärgert?

Pius Kaufmann: Das Inserat hat den Entscheidungsprozess stark vereinfacht dargestellt, was ich bedauere. Es vermittelt den Eindruck, als wären die Kürzungen aus einer Laune heraus beschlossen worden. Dabei war dies das Resultat intensiver Debatten und wichtiger Kompromisse. Entscheidend war die gute Zusammenarbeit zwischen den bürgerlichen Parteien Mitte, FDP und SVP, die es uns ermöglicht hat, ein tragfähiges Budget zu erarbeiten.

Als Delegationsleiter der Mitte durfte ich gemeinsam mit Lars Guggisberg (SVP) und Alex Farinelli (FDP) eine lösungsorientierte und sachliche Führungsrolle übernehmen, um wichtige Entscheidungen wie diese in einem breiten Konsens zu treffen. Natürlich ist es nie angenehm, wenn die eigenen Handlungen einseitig dargestellt werden, vor allem bei Themen, die emotional aufgeladen sind. In der Politik ist es wie überall im Leben: «Wer sich einsetzt, setzt sich aus.» Dennoch stehe ich zu meiner Verantwortung, auch unbequeme Entscheidungen zu treffen, und werde mich weiterhin mit aller Kraft für unsere Region, unseren Kanton und unsere Schweiz einsetzen. [Interview Roger Jud]

«Wer sich einsetzt, setzt sich aus.»

leser brief

Zum Inserat im EA vom 24. Dezember

Die politische Diskussion über die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) der Schweiz und den Einsatz der dafür notwendigen Gelder verdient höchste Aufmerksamkeit. So habe ich auch jüngst die Debatte im demokratischen Prozess des Bundesparlaments mitverfolgt. Was ich im Inserat der «Organisationen» («guatemala-netz zürich», Honduras Forum Schweiz, Frauen für den Frieden) feststelle, ist der Komplexität der Sache nicht angemessen. Es gibt Tatsachen und Argumente für und wider die EZ, aber mit Angriffen auf politische Entscheidungsträger, die erst noch in plumpe und gezielt falsche

Zusammenhänge gestellt werden, disqualifizieren sich diese «Organisationen» selber. Sie operieren mit den Begriffen der «globalen Gerechtigkeit» und «Solidarität» und sind nicht imstande, dieselben Werte innerhalb der politischen Willensbildung im eigenen Land anzuwenden. Dazu passt auch das Versteckspiel mit ihrer Anonymität: Es ist so einfach, ein personalisiertes Feindbild zu kreieren, wenn man sich hinter einer «Organisation» verstecken kann. Sie haben die Chance verpasst, auf einer ganzen Seite dieser Zeitung die Leser mit Fakten und Überzeugungen zur EZ zu informieren. Aber sie waren bereit, für ihr Pamphlet Spendengelder abzuweigen. Gerold Lötscher, Münchenbuchsee

kurz gemeldet

Ausrichtung Witwerrenten bei geschiedenen Männern

Die Ausgleichskasse des Kantons Freiburg zahlte einem geschiedenen Mann nach Erreichen der Volljährigkeit seiner Tochter im Februar 2022 zu Unrecht keine Witwerrente mehr aus. Die Kasse hielt sich bei ihrem Entscheid an eine Weisung des Bundesamts für Sozialversicherungen. Die Mutter der Teenagerin war im Jahr 2021 verstorben. Das Bundesamt für Sozialversicherungen legte nach

dem breit in den Medien thematisierten Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) im Oktober 2022 zum Fall eines Witwers eine Übergangsregelung fest. Diese gilt bis zum Inkrafttreten der nächsten Revision des AHV-Gesetzes.

Die Renten von Witwern werden gemäss der Weisung nicht mehr eingestellt, wenn das jüngste Kind volljährig geworden ist, wie das Bundesgericht in einem am vergangenen Freitag veröffentlichten Urteil schreibt. [keystone-sda]